

EU-Positionspapier:

Wiener Stadtwerke und die Sektorenintegration

Inhalt

I.	Unsere Empfehlungen auf einen Blick	2
II.	Die Vorteile der Sektorenintegration	4
III.	Unsere Empfehlungen an die EU-Politik im Detail	6
1.	Maßnahmen zur Stärkung von Sektorenintegrations-Technologien	7
1.1.	Schaffung eines fairen level-playing fields für alle Energieträger	7
1.2.	Koordinierte Infrastrukturplanung und mehr Fokus auf die Verteilnetze	8
1.3.	Neue Kriterien für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten	9
1.4.	Unterstützung des Ausbaus von Fernwärme(netzen).....	10
2.	Ein Europäischer Rahmen für erneuerbare Gase	11
2.1.	Generelle Bestimmungen für erneuerbare Gase	11
2.2.	Anerkennung von Gasübergangstechnologien als nachhaltige Investitionen	13
2.3.	Erleichterungen der Eispeisung von grünem Gas: Verteilnetze als <i>Ermöglicher</i>	14
2.4.	EU-einheitliche Regeln für Wasserstoff.....	15
2.5.	Unterstützung des Übergangs zur „grünen KWK“ als Beitrag zur Versorgungssicherheit und Flexibilität	15

I. Unsere Empfehlungen auf einen Blick

1. Schaffung eines fairen level-playing fields für alle Energieträger

- ⇒ Verankerung des Grundprinzips auf EU-Ebene, dass Technologien der Sektorenintegration* (steuerlich) nicht belastet, sondern begünstigt werden müssen. Im Rahmen dieser EU-Vorgaben sollen die EU-Mitgliedsstaaten einen Regulierungsrahmen schaffen, der die Entwicklung und Ausrollung von Sektorenintegrations-Anlagen voranbringt, die der kosteneffizienten Vermeidung von Treibhausgasemissionen dienen.
- ⇒ *Erarbeitung einer einheitlichen Definition von „Anlagen zur Sektorenintegration“, die diesen Begünstigungen unterliegen sollen.

2. Koordinierte Infrastrukturplanung und mehr Fokus auf die Verteilnetze

- ⇒ Sicherstellung der Inklusion von DSOs bei der Szenario-Erstellung für den 10-jährigen Netzentwicklungsplan (TYNDP) 2022 und legislative Absicherung der Zusammenarbeit in der Verordnung zu den Leitlinien der transeuropäischen Energieinfrastruktur¹.
- ⇒ Die Schaffung einer DSO-Entity für Strom und Gas, um der Sektorenintegration gerecht zu werden. Aufgrund ihrer umfassenden Kenntnis aller Sektoren ist die Vertretung von Kombi-Netzbetreibern, die neben Strom- und Gas- auch Wärmenetze betreiben, besonders wichtig.

3. Neue Kriterien für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten

- ⇒ Die Definition von „grenzüberschreitenden Projekten“ sollte auf „Projekte mit positiver grenzüberschreitender Auswirkung“ erweitert werden. Innerstaatliche Projekte zur Sektorenintegration mit positiven indirekten Effekten auf das Europäische Gesamtsystem sollten ebenso ein Anrecht auf Finanzierung haben.
- ⇒ In Anhang I der TEN-E-VO werden die prioritären Korridore und Bereiche definiert. Der Bereich der „thematischen Bereiche“ (*smart grids*) sollte um „Sektorenintegrations-Technologien bzw. Lösungen“ erweitert werden.
- ⇒ In Anhang III werden die Regeln für die Gruppen besprochen, die die regionalen Listen für PCIs vorlegen. Die Gruppenzusammensetzung muss künftig auch Vertreter der DSOs miteinschließen.

4. Unterstützung des Ausbaus von Fernwärme(netzen)

- ⇒ Anerkennung der positiven Rolle von Fernwärmenetzen für eine kostengünstige CO₂-Vermeidung und daher aktive Förderung von Fernwärmenetzen, u.a. Miteinbeziehung der Förderwürdigkeit des Fernwärmenetzes in die TEN-E-VO bzw. als Projekt gemeinsamen Interesses (PCI) auch ohne direkten grenzüberschreitenden Bezug.
- ⇒ Beachtung der Besonderheit der Fernwärmenetze als lokale geschlossene Systeme mit bedarfsoptimierter Wärmeerzeugung.

¹ VO Nr. 347/2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur (TEN-E-VO)

5. Ein Europäischer Rahmen für erneuerbare Gase

- ⇒ Einführung eines EU-weiten Rahmens für erneuerbare Gase in der Gas-RL², um die Entstehung eines Europäischen Marktes für grüne Gase zu beschleunigen.
- ⇒ Anpassung des Art. 19 (3) in der Erneuerbaren-RL hinsichtlich der Herkunftsnachweise für erneuerbares Gas, die nicht nur auf 18 Monate begrenzt sein dürfen.
- ⇒ Einrichtung von Fördermodellen mit Ausschreibungen und Marktprämien analog zum Strombereich.

6. Anerkennung von Gasübergangstechnologien als nachhaltige Investitionen

- ⇒ Aus- und Umbau von Gasverteilnetzen für die Speicherung und den Transport von grünen Gasen müssen im delegierten Rechtsakt zur Taxonomie-VO als nachhaltige Investitionen anerkannt werden.
- ⇒ Die wichtige Rolle von hocheffizienten KWK-Anlagen für die Versorgungssicherheit muss anerkannt werden. Investitionen in den Bau und in die Umrüstung dieser Anlagen müssen als „grüne Investitionen“ gewertet werden.

7. Erleichterungen der Einspeisung von grünem Gas: Verteilnetze als Ermöglicher

- ⇒ Unter der Voraussetzung der Abgeltung der zusätzlichen Kosten über die Netztarife könnten DSOs weitere Aufgaben beim Qualitätsmanagements von erneuerbarem Gas übernehmen, um so die Investitionssicherheit von Produzenten zu stärken und die Marktentwicklung zu beschleunigen (z.B. Anschlusskosten für Biogasanlagen, Übernahmestation, Rückverdichterstation, die Reinigung und Aufbereitung).
- ⇒ Anreize für Produzenten von erneuerbaren Gasen, z.B. die Reduktion bzw. Befreiung des Netznutzungsentgeltes für die Einspeisung

8. EU-einheitliche Regeln für Wasserstoffnetze

- ⇒ Einführung eines EU-weiten Mindestprozentsatzes für die Beimischung von Wasserstoff zu fossilem bzw. erneuerbarem Methan ins Netz inkl. EU-weite Vorgaben für Gerätehersteller.
- ⇒ Nutzung der vorhandenen, technischen Kompetenz der Gasnetzbetreiber für den Bau und den Betrieb von Wasserstoffnetzen.

9. Unterstützung des Übergangs zur „grünen KWK“ als Beitrag zur Versorgungssicherheit und Flexibilität

- ⇒ Sicherstellung, dass KWK an grenzüberschreitenden Kapazitätsmechanismen bzw. flexiblen Reserve teilnehmen dürfen; Überarbeitung aller Regeln, die KWK-Anlagen die Teilnahme erschweren.
- ⇒ Anerkennung der Mehrkosten für die Errichtung von grünen Gaskraftwerken in der Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) und in den Beihilfeleitlinien.
- ⇒ Möglichkeit einer Förderung durch den Innovationsfonds von Grünen KWKs, um diese Entwicklung voranzutreiben.

² Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt

II. Die Vorteile der Sektorenintegration

Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden und arbeitet aktiv an Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Europäischen Wirtschaft. Die Wiener Stadtwerke unterstützen die Bemühungen der Europäischen Ebene und sind überzeugt, dass die ambitionierteren Klima- und Energieziele nur durch einen **systemischen Ansatz und eine sektorenübergreifende Strategie erreicht werden können**. Eine engere Verzahnung und Kooperation zwischen Sektoren und Energieträgern ist notwendig, um eine leistbare und sozial verträgliche Dekarbonisierung und damit Senkung der Treibhausgasemissionen zu erreichen.

Eine ganzheitliche Energiewende darf sich nicht nur auf die Elektrizität konzentrieren, sondern muss vor allem die Sektoren Wärme, Mobilität und Industrie miteinbeziehen und auf die effizientesten CO₂-Vermeidungstechnologien setzen. Die Vorteile der synergetischen Nutzung von bestehenden Infrastrukturen – Strom-, Gas-, Fernwärme-Netze – muss im Vordergrund stehen und ihre Leistungen für eine sichere Versorgung des Gesamtsystems anerkannt werden, z.B. die Vorteile des Gasverteilnetzes als Speicher und *Ermöglicher* von Innovation (P2G).

Da es um eine intelligente Verknüpfung der Sektoren geht, wird in diesem Zusammenhang häufig von Sektorenkoppelung bzw. Sektorenintegration gesprochen.

In der von der EU-Kommission beauftragten Studie zur **Sektorenkoppelung**³ wird dieser Begriff **als die zunehmende Verflechtung von Gas und Strom hinsichtlich ihrer Märkte und Infrastrukturen** umschrieben. Im Vordergrund steht die Schaffung eines *fairen level-playing fields* zwischen diesen beiden Energieträgern, die zunehmend in unmittelbarer Konkurrenz zueinanderstehen, sowie die Nutzung der Synergien dieser beiden durch eine gesamtheitlichere Infrastrukturplanung.

Sektorenintegration geht über den Begriff der Sektorenkoppelung und damit die Sektoren Strom und Gas hinaus. Sie ist gekennzeichnet durch ein effizientes Zusammenspiel durch **die Nutzung von Synergien zwischen dem Energiebereich, dem Wärme- bzw. Kälte-Sektor, der Mobilität und angrenzenden Industrien**. So können z.B. das Fernwärmenetz oder Mobilitätsanwendungen wie E-Ladestationen als Speicher benutzt werden und dadurch Flexibilitäten bereitstellen, die die Effizienz des Gesamtsystems erhöhen und so Treibhausgasemissionen kosteneffizient einsparen.

Infobox: Sektorenkopplung vs. Sektorenintegration

Sektorenkopplung beschreibt die Verflechtung zwischen dem Strom- und dem Gassektor hinsichtlich ihrer Märkte und Infrastrukturen.

Sektorenintegration bezeichnet die Nutzung von Synergien zwischen und innerhalb der Sektoren Energie, Transport, Wärme/Kälte und angrenzender Industrien, um (kosten)effiziente Lösungen zur CO₂-Reduktion zu generieren.

Beide Konzepte - Sektorenkoppelung und Sektorenintegration – sind als Strategien zur **Optimierung des Energiesystems** im Sinne der Dekarbonisierung und Kosteneffizienz zu verstehen.

Vor allem im deutschsprachigen Gebrauch werden die beiden Konzepte häufig synonym und undifferenziert verwendet. Um deutlich zu machen, dass hier nicht nur von Strom und Gas gesprochen wird, sondern die Ganzheitlichkeit des Energiesystems adressiert werden soll, wird in diesem Papier durchgehend den Begriff der „Sektorenintegration“ verwendet.

³ Von der EU-Kommission beauftragte Studie zu: [“Potentials of sector coupling for decarbonisation – Assessing regulatory barriers in linking the gas and electricity sectors in the EU”](#), 19 December 2019

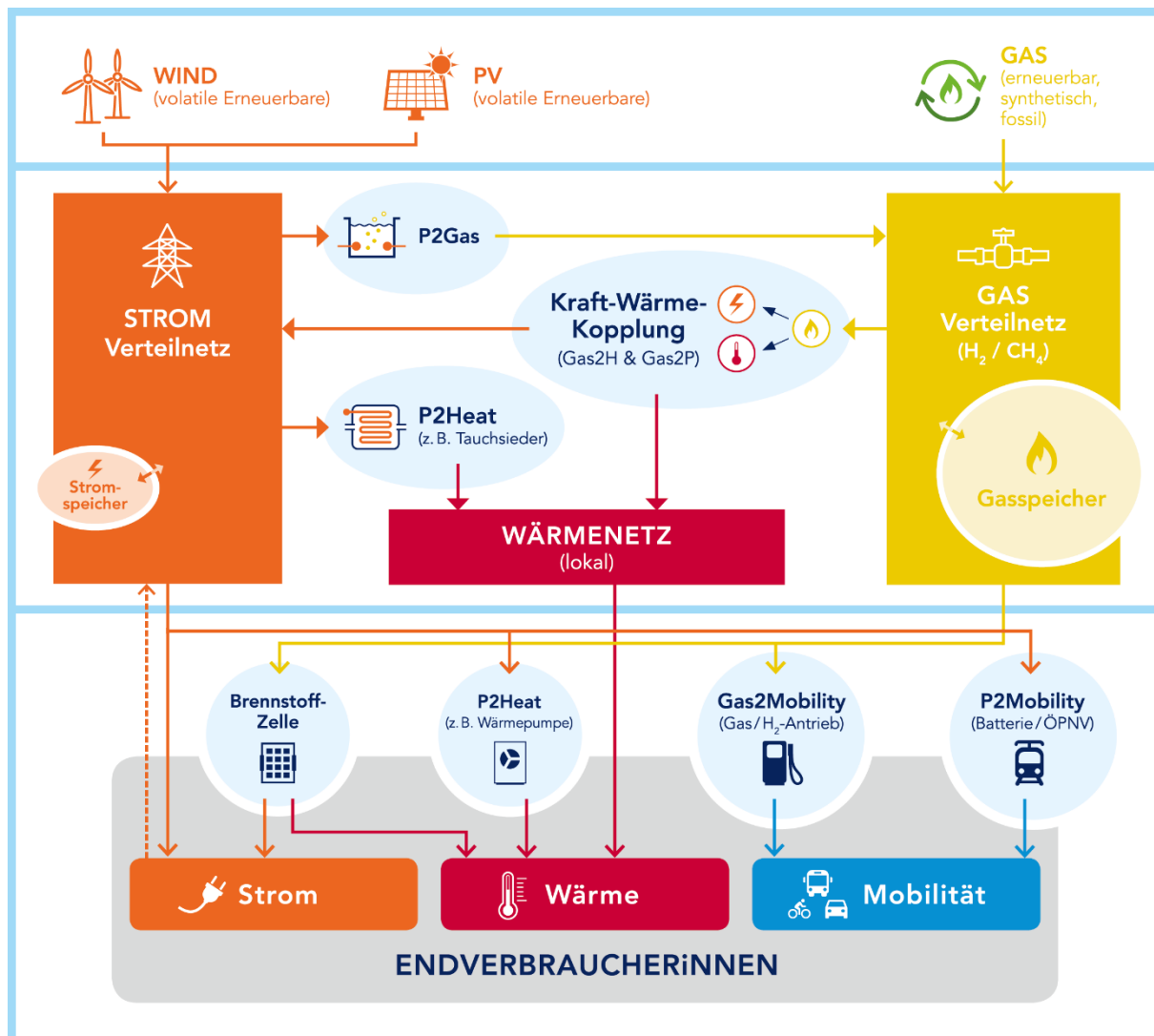
Sektorenintegration kurz erklärt (siehe Illustration):

Die Sektorenintegration ist ein effektives Mittel zur Erreichung der Klima- und Energieziele unter Beachtung der Kosten-Effizienz. Dies wird möglich durch eine cross-sektorale Nutzung der bestehenden Netz-Infrastrukturen in Kombination mit innovativen P2X-Lösungen.

In aller Kürze kann man die **Vorteile der Sektorenintegration** folgendermaßen skizzieren:

1. **Sie hilft, den Anteil von erneuerbaren Energien zu steigern und in das Gesamtsystem zu integrieren.** So kann Überschuss-Strom als Wärme im Fernwärmenetz [P2H], als Gas/H₂ im Gasnetz [P2G] oder als Strom in der Batterie gespeichert werden [P2M] (Flexibilität, Speicher).
2. **Sie spart Kosten durch die effiziente Nutzung bestehender Infrastrukturen** und vermeidet teuren, (siloartigen) aus gesamtsystemischer Sicht nicht notwendigen Leitungsbau.
3. **Sie erhöht die Effizienz und ermöglicht es, Emissionen in Sektoren mit wenig Absenkungspotential zu reduzieren**, wie z.B. im Gebäude, Transport oder Industrie. So wird die Energieeffizienz durch die gleichzeitige Erzeugung von Wärme und Strom in der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ermöglicht und Abwärme aus der Industrie oder Abfallproduktion in das Fernwärmenetz eingespeist.

Smart Grids unterstützen die optimierte Verbindung von dezentralen (EndverbraucherInnen) und zentralen (Kraftwerke, Netze) Anwendungen.



III. Unsere Empfehlungen an die EU-Politik im Detail

Die Wiener Stadtwerke betreiben seit Jahrzehnten eine erfolgreiche Strategie der Sektorenintegration, in Wien. Die Ambition lag hier schon immer auf dem Einsatz der effizientesten Technologie, um Treibhausgase einzusparen und die Luftqualität zu verbessern. Daher wird die verstärkte Diskussion auf Europäischer Ebene zu diesem Thema und die Bestrebungen zur Verbesserung der Bedingungen begrüßt. So lassen sich derzeit einige Barrieren für eine erfolgreiche Integration der Sektoren identifizieren.

EU-Rahmenpolitik - Berücksichtigung regionaler Unterschiede

Vorneweg ist allerdings zu betonen, dass es für die Sektorenintegration keine Blaupause gibt, sondern regionale Unterschiede vorherrschen. So gibt es in den Ländern der EU je nach verfügbaren Ressourcen und bestehenden Infrastrukturen unterschiedliche Konzepte der Sektorenintegration, die allerdings immer ein Ziel haben: den Einsatz der günstigen Technologie zur CO₂-Vermeidung. Daher ist es wichtig, dass die EU-Ebene nur einen Rahmen vorgibt und keine zu restriktive Maßnahmen vorsieht, die erfolgreiche regionale Modelle der Sektorenintegration behindern könnten.

Ein wichtiger Bestandteil der Sektorenintegration in vielen zentraleuropäischen Ländern ist beispielsweise das **bestehende Gas-Verteilnetz** sowie auch Gas-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die

nicht nur energieeffizient Wärme und Strom zur Verfügung stellen, sondern auch als **Back-up für die Versorgungssicherheit** dienen. Diese Anwendungen basieren heute noch Großteils auf fossilem Gas, sollen aber künftig immer mehr mit erneuerbarem bzw. grünem Gas bewältigt werden. Aber auch **Fernwärmenetze** können das Gesamtsystem entlasten und mit P2H-Anwendungen bzw. der Einspeisung von betrieblicher Abwärme einen wichtigen Beitrag liefern. Sektorenintegrationsanwendungen die die Fernwärme inkludieren, findet man auch verbreitet in den skandinavischen Ländern.

Die derzeit regulativen Herausforderungen können in zwei Blöcke zusammengefasst werden:

1. Zu wenig Unterstützung für Sektoren-übergreifende Aktivitäten:

- Fehlende Anreize bzw. **regulatorische Nachteile für Technologien der Sektorenintegration** (z.B. Doppelbesteuerung bei Energiespeicherung P2H, P2G),
- Die **nicht abgestimmte Infrastrukturplanung und –Finanzierung** nach Sektoren (Strom-Gas-Wärme) und der **Fokus auf den Übertragungsnetzbereich (TSO)** bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Verteilnetz-Ebene (DSO)
- Die **unzureichenden Fördermöglichkeiten von regionalen sektorenübergreifenden Ansätzen** von Verteilnetzbetreibern mit indirektem gesamteuropäischem Mehrwert
- Die fehlende Anerkennung und **Förderung von Fernwärmenetzen**

2. Die Vernachlässigung der Rolle von erneuerbaren Gasen:

- Das Fehlen eines **Europäischen Regulationsrahmens für erneuerbare Gase**
- Die Unklarheiten bei der **Einspeisung von erneuerbaren Gasen** für Produzenten
- Die fehlende **Anerkennung von Übergangsinvestitionen im Gas-Bereich** als nachhaltig
- Die fehlende Bedeutung von **erneuerbaren Gasen für die Versorgungssicherheit**
- Die fehlende **Transitions-Strategien für Gas-KWKs**, die sich im Übergang zu grünen Kraftwerken befinden

Die EU-Ebene kann einen wichtigen Beitrag leisten, um diese Mängeln zu beheben und eine aktive Sektorenintegrationspolitik in den Mitgliedsstaaten zu unterstützen.

1. Maßnahmen zur Stärkung von Sektorenintegrations-Technologien

Die Vorteile der Sektorenintegration bei der Erreichung der europäischen Klimaziele und der Beibehaltung der Versorgungssicherheit sind unumstritten. Der derzeitige Europäische und nationale regulative Rahmen lässt allerdings keine optimale Umsetzung zu. Als Hemmnisse werden angesehen; die Ungleichbehandlung von Energieträgern, zu wenig Anreize für die Verwendung von CO₂-vermeidenden Erzeugungstechnologien, ein unabgestimmter Infrastrukturausbau und Finanzierungsrahmen, die Vernachlässigung von Verteilnetzbetreibern (DSO) und die fehlende Anerkennung von Fernwärmenetzen als wichtiger Baustein der Sektorenintegration und damit CO₂-Reduktion. Untenstehend unsere Empfehlungen für eine Verbesserung des regulativen Umfeldes.

1.1. Schaffung eines fairen level-playing fields für alle Energieträger

Im Rahmen der Anwendung von Technologien der Sektorenintegration kommt es meist **zur Umwandlung eines Energieträgers in einen anderen und dessen Speicherung**. Diese Prozesse werden häufig angewandt, um das Gesamtsystem positiv zu beeinflussen bzw. zu entlasten und so kosteneffizient CO₂ einzusparen. Derzeit werden sie dafür aber nicht belohnt, sondern eher (monetär) bestraft und werden daher in ihrer Weiterentwicklung gehemmt.

Die **Power2Gas Technologie** kann hier als Paradebeispiel angeführt werden. So kann (erneuerbarer) Überschussstrom durch Elektrolyse in Wasserstoff umgewandelt werden. Dieser Wasserstoff kann unmittelbar, z.B. im Mobilitätssektor oder der Industrie, eingesetzt oder im Gasnetz gespeichert und Anwendungen zugeführt werden – als Wasserstoff oder auch angereichert um Kohlendioxid als Methan. Das Prinzip gilt auch, wenn **Power2Heat Anlagen** für denselben Zweck verwendet werden, nämlich, um Überschussstrom in einem großen „Wasserkocher“ bzw. im Fernwärmenetz zu speichern oder unmittelbar zu verwenden.

Ein zentrales Hemmnis bei diesen Formen der Sektorenintegration ist die **Doppelbesteuerung der Energie in Speichern**. So müssen Speicher einerseits alle Abgaben und Steuern entrichten, die bei dem Verbrauch von Energie anfallen, wenn diese Energie zur Speicherung aufnehmen. Geben sie diese gespeicherte Energie ab, müssen sie wiederum alle Steuern entrichten, die beim Verkauf anfallen. Um Anreize für den Bau der notwendigen Speichermöglichkeiten zu schaffen, muss ein *level playing field* hergestellt werden. Daher sollten alle Transformationsprozesse in den Vorstufen (Speicherung, Veredelung), die nicht dem Endverbrauch zuzurechnen sind, von Steuern und Abgaben befreit werden. Folge dessen sollte nur der Endverbrauch Steuern und Abgaben enthalten.⁴

Auf Europäischer Ebene sollte ein Rahmen abgesteckt werden, der Mitgliedstaaten dazu anhält, positive Regulierungen für Sektorenintegrations-Anlagen zu entwickeln. Hier sollte der positive Beitrag von Sektorenintegrations-Technologien zur Verwirklichung des Klimaschutz- und Energieziels sowie der Nutzen, die sie für das Energiesystem im weiteren Sinne mit sich bringen, berücksichtigt werden. Um diese Sektorenintegrations-Technologien bzw. Anwendungen zu fördern, wäre eine einheitliche Begriffsdefinition über die gesamte EU ein notwendiger Grundbaustein. Diese Definition sollte in einem breiten Stakeholderprozess erarbeitet werden.

⁴ Aufgrund des hohen benötigten Strombedarfes von Power-to-Gas Anlagen ist davon auszugehen, dass deren Anschluss an das Stromnetz auf den höheren Spannungsebenen erfolgt und daher **die Stromnetzkosten**, bei der Gesamtbetrachtung der zu erwarteten Betriebskosten, nur einen geringeren Anteil darstellen.

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Verankerung des Grundprinzips auf EU-Ebene, dass Technologien der Sektorenintegration* (steuerlich) nicht belastet, sondern begünstigt werden müssen. Im Rahmen dieser EU-Vorgaben sollen die EU-Mitgliedsstaaten einen Regulierungsrahmen schaffen, der die Entwicklung und Ausrollung von Sektorenintegrations-Anlagen voranbringt, die der kosteneffizienten Vermeidung von Treibhausgasemissionen dienen.
- ⇒ *Erarbeitung einer **einheitlichen Definition von „Anlagen zur Sektorenintegration“**, die diesen Begünstigungen unterliegen sollen

1.2. Koordinierte Infrastrukturplanung und mehr Fokus auf die Verteilnetze

Die Dezentralisierung des Energiesystems und die verstärkte Integration der Sektoren muss zu einem Umdenken in der Europäischen Energie-Infrastrukturplanung und Förderung führen. So muss die bisherige Herangehensweise der Infrastrukturplanung bei der Erstellung der 10-jährigen Netzentwicklungspläne (TYNDP) und der Definition von sog. *Projekten von gemeinsamem Interesse* (PCI) und deren Fördermöglichkeiten den neuen Umständen angepasst werden.

Um die Potentiale der Sektorenintegration mit dem Ziel der Dekarbonisierung Europas zu heben, muss es zu einer **integrierten Netzplanung** von Strom- und Gasnetzen sowie der Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber und Verteilnetzbetreiber kommen. Nur so ist die Planung im Sinne eines gesamtwirtschaftlichen Optimums möglich.

- Auf der **lokalen Ebene** der Verteilnetzbetreiber funktioniert eine **Sektoren-übergreifende Abstimmung** in manchen Ländern, wie in Österreich/Wien, bereits sehr gut durch sog. Kombi-Netzbetreiber, die für Strom-, Gas- und Wärmenetze gleichzeitig zuständig sind.
- Auf **EU-Ebene stimmen** sich die **Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetreiber über ENTSO-G und ENTSO-E** bei der Festlegung der zehnjährigen Netzwerkentwicklungspläne (TYNDP) für eine integrierte Netzplanung ab. Der nächste TYNDP 2022 wird auch bereits für Gas und Strom ein gemeinsames *Modelling* anwenden.

Die Abstimmung auf EU-Ebene zwischen den Übertragungs- und Verteilnetzbetreibern ist allerdings verbesserungswürdig, da es keine verpflichtende Miteinbeziehung der DSOs in die Erstellung der TYNDP gibt. Es gibt Anzeichen einer verbesserten Kooperation⁵ die jedoch rechtlich verankert werden muss. So ist in der Revision der Strombinnenmarkt-RL⁶ in Art. 32(3-5) zwar vorgesehen, dass DSOs alle zwei Jahre einen transparenten Netzentwicklungsplan (inkl. Übertragungsnetzbetreibern) breit konsultieren und dann veröffentlichen müssen, aber parallel dazu keine sonstigen Rechte / Ansprüche auf Mitsprache auf EU-Ebene eingeräumt worden.

Aufgrund der **stetig wachsenden Bedeutung von DSOs im Energiesystem** (Stichwort: *smart grids, market facilitator*) ist ihre aktive Mitsprache in den Entscheidungsprozessen wichtig. Darum ist auch die Etablierung einer DSO-Entity im Strom- und Gasbereich so entscheidend. Die Berücksichtigung

⁵ So wurde in den Schlussfolgerungen des Kopenhagener Forums 2019 von Seiten der EU-Kommission angekündigt, dass DSO-Verbände und ENTSO-G/E einen Abstimmungsprozess für den TYNDP 2022 etablieren sollen, v.a. bzgl. des Prozesses der Szenario-Erstellung, der in diesem Sommer 2020 beginnen soll. In einem ersten Schritt sollte festgelegt werden, dass DSO-Verbände auf gleichberechtigter Basis in den Prozess der Szenario-Erstellung eingebunden werden, z.B. für die Definition von Annahmen und Hypothesen für Energienachfrage und –Angebot. ([Conclusions of the Copenhagen Energy Infrastructure Forum](#))

⁶ Richtlinie 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

von Kombi-Netzbetreibern (Strom-Gas-Wärme) in diesen Gremien, die über umfassende Kenntnisse in allen Sektoren verfügen, ist angesichts der zunehmenden Bedeutung der Sektorenintegration sehr wichtig und sollte auch entsprechend bei der Bestellung des Vorstands in der DSO-Entity Berücksichtigung finden.

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Sicherstellung der **Inklusion von DSOs** bei der Szenario-Erstellung für den TYNDP 2022 und legislative Absicherung der Zusammenarbeit in der Verordnung zu den Leitlinien der transeuropäischen Energieinfrastruktur⁷
- ⇒ Die Schaffung **einer DSO-Entity für Strom und Gas**, um der Sektorenintegration gerecht zu werden. Aufgrund ihrer umfassenden Kenntnis aller Sektoren ist die Vertretung von Kombi-Netzbetreibern, die neben Strom- und Gas- auch Wärmenetze betreiben, besonders wichtig.

1.3. Neue Kriterien für die Finanzierung von Infrastrukturprojekten

Aus diesen neuen Infrastrukturplänen ergeben sich auch Änderungen in der Finanzierung von Europäischen Projekten. Bis Ende 2020 will die EU-Kommission ihre Leitlinien für die Transeuropäische Energie-Infrastruktur überarbeiten (TEN-E-VO). Im Sinne einer verstärkten Sektorenintegration, die der Dezentralisierung Rechnung trägt, muss nun auf zweierlei geachtet werden:

- **Übergang von großen Silo-Projekten hin zu dezentralen Projekten der Sektorenintegration:** Ein silo-artiger Fokus auf das Übertragungsnetz im Strom- bzw. Gasnetz ist nicht mehr ausreichend, sondern muss andere Sektoren und alle Netzebenen mitberücksichtigen. Es wird nicht mehr nur darum gehen, Strom-Übertragungsnetze auszubauen, sondern die Situation in der Gesamtheit der vorhangenden Infrastruktur zu betrachten. Sektorenintegrationslösungen – die nicht immer grenzüberschreitend sein müssen – sollen hier besonders hervorgehoben werden. Auch das Gasnetz als Speicher und P2G-Anlagen müssen hier verstärkt Beachtung finden.
- **Größere Rolle für DSOs als enabler der smart grids:** Die Rolle der DSOs hat sich seit der Annahme der TEN-E-VO 2013 enorm verändert. So sind es v.a. die DSOs, die die Sektorenintegration stemmen und die Energiewende leistbarer machen. Anstelle eines unreflektierten Übertragungsnetz-Ausbaus sollte es vermehrt zur **Förderung von regionalen Projekten von DSOs** kommen.

Folglich wird es bei der Revision der VO wichtig sein, die Eignungskriterien zu erweitern und den Fokus von den „großen Leitungsbauten“ auf kleinere, dezentralisierte Infrastrukturprojekte abzustellen, die die Integration der Sektoren ermöglichen.

⁷ VO Nr. 347/2013 zu Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur (TEN-E-VO)

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Die Definition von „grenzüberschreitenden Projekten“ sollte auf **„Projekte mit positiver grenzüberschreitender Auswirkung“** erweitert werden. So können innerstaatliche Projekte zur Sektorenintegration auch positive Effekte auf das Europäische Gesamtsystem haben und sollten ebenso finanziert werden
- ⇒ In Anhang I der TEN-E-VO werden **die prioritären Korridore und Bereiche** definiert und gevierteilt in Elektrizität, Gas, Öl und thematische Bereiche (*smart grids*). Der Bereich der **„thematischen Bereiche“ sollte um „Sektorenintegrations-Technologien bzw. Lösungen“** erweitert werden.
- ⇒ In Anhang III werden die Regeln für die Gruppen besprochen, die die regionalen Listen für PCIs vorlegen. Die Gruppenzusammensetzung muss künftig auch **Vertreter der DSOs miteinschließen**.

1.4. Unterstützung des Ausbaus von Fernwärme(netzen)

Ein wenig beachteter wichtiger Baustein der Sektorenintegration bzw. CO₂-Reduktion ist die Fernwärme bzw. das Fernwärmenetz, v.a. in großen Ballungsräumen. Dieses stellt über KWK-Anlagen nicht nur günstig Wärme und Strom her, sondern fungiert auch als thermische Batterie und kann so Flexibilitätsdienstleistungen an das Netz liefern. Weiters spielt P2H neben der Nutzung von grünem Gas eine bedeutende Rolle in der Dekarbonisierung der Fernwärme. Eines der größten Probleme dabei ist jedoch, dass viele Staaten die Nutzung von Strom in diesen Anlagen als Endnutzung betrachten und entsprechend besteuern (wie unter 1.1. festgehalten).

Lokale Fernwärmenetze unterscheiden sich von den grenzüberschreitenden Strom- und Gasnetzen und müssen daher gesondert betrachtet werden. Das Fernwärmenetz ist ein in sich geschlossenes System mit bedarfsoptimierter Wärmeerzeugung. Das bedeutet auch, dass eine Öffnung des lokalen Systems für mehrere Produzenten weder ökonomisch noch ökologisch zielführend ist. Für die Möglichkeiten von Drittdurchleitungen unter Beachtung der ökonomischen und technischen Voraussetzungen wurde bereits in der Revision der Erneuerbaren Richtlinie 20188 (Art. 24) Rechnung getragen. So ist es bereits jetzt möglich, industrielle Abwärme bzw. erneuerbare Wärme von Drittanbietern unter Einhaltung der technischen Voraussetzungen einzuspeisen.

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Anerkennung der positiven Rolle von Fernwärmenetzen für eine kostengünstige CO₂-Vermeidung und daher aktive Förderung von Fernwärmenetzen, u.a. Miteinbeziehung der Förderwürdigkeit des Fernwärmenetzes in die TEN-VO bzw. als Projekt gemeinsamen Interesses (PCI) auch ohne direkten grenzüberschreitenden Bezug.
- ⇒ Beachtung der Besonderheit der Fernwärmenetze als lokale geschlossene Systeme mit bedarfsoptimierter Wärmeerzeugung.

⁸ Richtlinie 2018/2001 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen.

2. Ein Europäischer Rahmen für erneuerbare Gase

Das Gasverteilnetz wird künftig eine wichtige Rolle bei der Dekarbonisierung des Energiesystems spielen. Zum einen durch die Integration des stetig steigenden Anteils grüner Gase und zum anderen durch seine Nutzung als Speicher, u.a. für erneuerbare Überproduktion im Strombereich. Um die Produktion von erneuerbaren Gasen zu beschleunigen, braucht es Europäische Rahmenbedingungen und ausreichend Fördersysteme. Die Schaffung eines Europäischen Regulierungsrahmens für grünes Gas inkludiert: klare Begriffsdefinitionen der darunterfallenden Gase, also Biogas, Biomethan, und Wasserstoff (siehe Info-Box zu erneuerbaren Gasen), Regeln für die Einspeisung und den grenzüberschreitenden Handel, die Einführung von Fördersystemen und einheitlichen Bestimmungen dazu sowie die Unterstützung von flexiblen Gas-Kraftwerken bzw. KWKs bei ihrer Transition in grüne Kraftwerke.

2.1. Generelle Bestimmungen für erneuerbare Gase

Das Gasnetz dient als wichtiger Speicher und wird künftig größere Mengen an erneuerbaren Gasen transportieren und somit eine bedeutende Rolle bei der Dekarbonisierung spielen. Der einfachste Weg zur „Begrünung des Gasnetzes“ ist die Erhöhung der erzeugten Menge von Biomethan. Obwohl es EU-weite Standards für Biomethan⁹ gibt, führen Unklarheiten hinsichtlich eines diskriminierungsfreien Zugangs zum Gasnetz zu Unsicherheiten. Potentielle Produzenten bzw. Investoren von grünen Gasen würden von mehr Klarheit in den EU-Bestimmungen zum Management der Gasqualität profitieren. Damit die Produktion von erneuerbaren Gasen gestärkt wird, braucht es einen EU-weiten Regulierungsrahmen mit klaren Definitionen und Vorgaben in der entsprechenden Gas-Richtlinie.¹⁰

Damit der Handel von erneuerbaren Gasen auch innerhalb der EU funktioniert, sind einheitliche **EU-weite Herkunftslandnachweise (GoO)** für das Gas analog zum Strom nötig. Bei der Ausgestaltung kann man sich am Strombereich orientieren, allerdings müssen die Gas-Spezifika in Betracht gezogen werden. Derzeit besagt Artikel 19 Abs. 3 der Erneuerbaren-RL, dass die Herkunftsnachweise für Erneuerbares Gas 18 Monate betragen soll. Bei der Ausgestaltung dieser Regelung hat man sich an den Herkunftsnachweisen für Strom orientiert. Hier verfallen die Herkunftsnachweise auch nach 18 Monaten. Im Gegensatz zu Strom ist Gas aber über sehr lange Zeiträume speicherbar. Daher ist die Begrenzung der Herkunftsnachweise auf 18 Monate im Gasbereich nicht nachvollziehbar und muss dringend angepasst werden. Nur so kann garantiert werden, dass die Erzeuger von grünem Gas so rasch wie möglich mit der Produktion von erneuerbarem Gas beginnen.

Um erneuerbares Gas in den benötigten Mengen bereitzustellen, sollte ein **Förderregime** etabliert werden, das marktnah ist und regionale Wertschöpfung forciert. Eine Möglichkeit wäre dabei ein Fördermodell mit Ausschreibungen und Marktprämien, vergleichbar mit der Ökostromförderung. Ein EU-weites Quotensystem wird aus verschiedenen Gründen kritisch gesehen.

⁹ EN 16723-1: 2016 for the injection of biomethane in the natural gas grid and EN 16723-2:2017 on natural gas and biomethane for use in transport

¹⁰ Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Einführung eines **EU-weiten Rahmens für erneuerbare Gase** in der Gas-RL, um die Entstehung eines Europäischen Marktes für grüne Gase zu beschleunigen
- ⇒ Anpassung des Art. 19 (3) in der Erneuerbaren-RL hinsichtlich der **Herkunftsnachweise** für erneuerbares Gas, die nicht nur auf 18 Monate begrenzt sein dürfen
- ⇒ **Einrichtung von Fördermodellen mit Ausschreibungen und Marktprämien** analog zum Strombereich

Info-Box: erneuerbares bzw. grünes Gas:

Unter die Bezeichnung „**grünes Gas**“ bzw. „**erneuerbares Gas**“ fallen brennbare Gase wenn diese hergestellt werden aus:

Biomasse durch biochemische bzw. thermochemische Prozesse (Biomethan)

Ökostrom und Wasser mittels Elektrolyse (Wasserstoff)

Ökostrom und Kohlendioxid mittels Elektrolyse (Biomethan)

Erneuerbarem Wasserstoff und Kohlendioxid mittels Elektrolyse (Biomethan)

Einer Kombination dieser Verfahren

Grünes / erneuerbares Gas ermöglicht eine **(kosten)effiziente Dekarbonisierung des Energiesystems**, da die vollständige Elektrifizierung auch des Wärmebereichs Effizienzverluste und den Aufbau von neuen Leitungs- und Erzeugungs-Kapazitäten bedingen würde, die dann allerdings nur im Herbst/Winter genützt werden würden.

Durch die **Nutzung der bereits vorhandenen Gasnetze** und die direkte Nutzung von grünem Gas können Kosten gespart werden. Damit stellen v.a. die Gasverteilnetze einen wichtigen Baustein in der Energiewende dar und müssen weiter erhalten bleiben, um die Durchleitung zunehmend grüner Gase zu ermöglichen. Im Detail:

Biogas: Biogas ist ein Gas, das aus Abfällen der Land- und Forstwirtschaft, Klärschlamm, den Inhalten aus Biotonnen oder Abfälle der Lebensmittelindustrie erzeugt wurde. Nach seiner Reinigung und Aufbereitung hat es dieselben flexiblen Eigenschaften wie konventionelles Gas. -> Nach der Aufbereitung zu Biomethan in das Gasnetz einspeisbar.

Biomethan: Biomethan ist ein Gas, das aus biogenen Stoffen wie Biomasse und/oder Teilen von Abfällen erzeugt wurde und Bestandteil von Biogas ist. Weiters kann Biomethan aus erneuerbarem Wasserstoff und Kohlendioxid erzeugt werden. Es ist unmittelbar in das Gasnetz einspeisbar.

Erneuerbarer Wasserstoff: Wasserstoff, der entweder aus Biomasse und/oder Teilen von Abfällen bzw. aus Ökostrom und Wasser hergestellt wird. Darüber hinaus kann erneuerbarer Wasserstoff auch aus anderen erneuerbaren Gasen gewonnen werden. Nach der derzeitigen Regelung kann der Wasserstoff bis zu einer Schwelle von 4% in das Gasnetz einspeist werden.

2.2. Anerkennung von Gasübergangstechnologien als nachhaltige Investitionen

Investitionen in das Gas(verteil)netz, die dieses zukunftsfit für die Einspeisung von grünem Gas machen, müssen als nachhaltige Investitionen angesehen und damit auch als förderwürdig anerkannt werden. Dies muss bei der Erstellung des delegierten Rechtaktes für die Taxonomie / das Klassifizierungssystem für ein nachhaltiges Finanzwesen berücksichtigt werden¹¹. Leider gibt es auch im Expertenbericht (TEG-Bericht) vom März 2020 noch keine klare Terminologie für neue Gase. Eine einheitliche Definition wäre wichtig, damit das Klassifizierungssystem Investitionen in die Umrüstung der Gas-Verteilnetzen hin zu erneuerbaren Gasen positiv bewertet kann. Im Zuge der Dezentralisierung des Energiesystems müssen regionale Projekte auf Verteilnetzbetreiberebene, die lokale Wertschöpfung generieren, beispielsweise in der Biogasproduktion, anerkannt und gefördert werden.

Neben den Verteilnetzen ist eine **flexible Produktion** das entscheidende Kriterium für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit. In diesem Zusammenhang stellen Gas-Kraftwerke eine wichtige Stütze des Europäischen Netzes dar. Daher ist es wichtig, dass auch Gas-Kraftwerke, v.a. wenn sie als hocheffiziente KWK geführt werden, weiterhin als nachhaltige Investitionen gelten. Unterschiedlichste Studien¹² zeigen, dass auch in Zukunft hocheffiziente KWK-Anlagen und dezentrale Gaskessel zur Spitzenlastabdeckung in einem kalten Winter benötigt werden. Daher müssen ausreichende Mengen grünes Gas für diese zwingend erforderlichen Anlagen rechtlich vorgesehen werden. Grünes Gas wird aber längere Zeit noch eine sehr begrenzte Ressource sein und muss vorrangig dort eingesetzt werden, wo keine Alternativen vorhanden sind. Solange es noch nicht ausreichend grünes Gas gibt, müssen auch fossile Kraftwerke anerkannt bleiben.

Darauf ist bei der Erstellung des delegierten Rechtaktes der Taxonomie-VO ebenso zu achten. Ein erster positiver Schritt ist, dass in den Schlussempfehlungen der ExpertInnengruppe im März 2020 angedacht wird, einen „zweistufigen Ansatz“ bei der Bewertung von Erzeugungsaktivitäten einzuführen, um Investitionen in umweltfreundliche Aktivitäten zu ermöglichen. Dann würde beispielsweise ein Kraftwerk, das Emissionsgrenzwerte bis 262 g CO₂e/kWh einhält, als „nicht besonders schädigende Aktivität“ und somit als „teilweise grün“ eingestuft werden. Dieser Vorschlag soll nun im Rahmen der nachhaltigen Plattform weiter diskutiert werden und wäre auf jeden Fall ein erster Schritt in eine gute Richtung. Ein Schwellenwert für Stromerzeugung, Wärme und KWK von unter 100g CO₂e/kWh mit einer Reduktion alle fünf Jahre, um 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, ist für KWK bzw. Gas-Kraftwerke nicht realistisch.

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ **Aus- und Umbau von Gasverteilnetzen** für die Speicherung und den Transport von grünen Gasen müssen im delegierten Rechtsakt zur Taxonomie-VO als nachhaltige Investitionen anerkannt werden.
- ⇒ Die wichtige Rolle von hocheffizienten **KWK-Anlagen für die Versorgungssicherheit** muss anerkannt werden. Investitionen in den Bau und in die Umrüstung dieser Anlagen müssen als „grüne Investitionen“ gewertet werden.

¹¹ VO zur Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088

¹² Siehe: https://www.auroraer.com/wp-content/uploads/2018/11/Aurora-Studie-Zukunft-Erdgas-Braunkohlema%C3%9Fnahmen_sent-151118.pdf;
https://www.wienenergie.at/media/files/2019/dekarbonisierung%20der%20stadt%20wien%20a4%20ia_245278.pdf

2.3. Erleichterungen der Einspeisung von grünem Gas: Verteilnetze als *Ermöglicher*

Wie erfolgreich die Entwicklung und Ausrollung von neuen Technologien und Alternativen zu fossilem Gas sein wird, wird davon abhängen, ob Entwickler **genügend Sicherheit** haben, das grüne Gase auch in die Netze und Speicher einspeisen zu können. In der Vergangenheit fokussierte man bei den Qualitätsstandards alleine auf fossiles Gas, was nun bzgl. der Einspeisung von neuen erneuerbaren Gasen ein Problem darstellt bzw. Marktunsicherheit schafft. Eine weitere Veränderung zu früheren Zeiten ist, dass mehr Einspeisung auf der Ebene der Verteilnetzbetreiber passieren wird und sich damit ihre Bedeutung erhöht.

Um Produzenten von erneuerbaren Gasen Unsicherheiten bei der Einspeisung zu nehmen und damit ihr Markteinstiegsrisiko zu mildern, sollte über Änderungen in den geltenden Regelungen angedacht werden. Derzeit ist es z.B. in Österreich die Aufgabe des Produzenten, das Biogas auf die vorgeschriebene Qualität zu veredeln und der Verteilnetzbetreiber kontrolliert nur mehr die Erfüllung dieser Vorgaben bei der Einspeisung. Unter der Voraussetzung, dass die zusätzlichen Kosten über die Netztarife abgedeckt werden, könnten Verteilnetzbetreiber künftig ihren Aufgabenbereich übernehmen, um den Produzenten mehr Sicherheit zu geben. So könnten durch den Netzbetreiber folgende Anlagenbereiche übernommen werden; Anschlusskosten für Biogasanlagen (Versorgungsleitung bis zur Anlage), Übernahmestation (inkl. Messungen, Qualitätskontrolle, Odorierung etc.), Rückverdichterstation sowie die Reinigung und Aufbereitung. Dies sollte sich in einem gesamteuropäischen Regelwerk wiederfinden.

Um erneuerbare Gase aktiv zu fördern, sollten Anreize gegenüber der Einspeisung von Erdgas geschaffen werden. Anreize könnten in diesem Fall eine Reduzierung bzw. eine Befreiung des Netznutzungsentgeltes für die Einspeisung sein. Ebenso ist es so möglich, dass innerhalb der Mitgliedstaaten der Einsatz von erneuerbaren Gasen dort erfolgt, wo dies am kostengünstigsten ist. Dies trägt dazu bei, den Einsatz erneuerbarer Gase in der EU effizient zu betreiben.

Dennoch ist bei der Einspeisung von erneuerbaren Gasen auf die Besonderheiten des jeweiligen Netzes sowie deren technischen Möglichkeiten (zb.: Linepack, Durchflussmenge) zu achten. Da der Gasverbrauch großen saisonalen Schwankungen ausgesetzt ist und das Gasnetz - auch in Verbindung mit den Speichern - technischen Grenzen unterliegt, sind Einspeisungen an die jeweiligen technischen Möglichkeiten im lokalen Gasnetz anzupassen. So sollen beispielsweise Einspeiser vertraglich dazu verpflichtet werden können die Einspeisung bei Bedarf zu reduzieren. Eine Kompensationszahlung durch den Netzbetreiber für die nicht eingespeiste Menge wird abgelehnt, da dies die Netznutzungskosten für alle Kunden erhöhen würde.

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Unter der Voraussetzung der Abgeltung der zusätzlichen Kosten über die Netztarife **könnten DSOs weitere Aufgaben beim Qualitätsmanagements von erneuerbarem Gas übernehmen**, um so die Investitionssicherheit von Produzenten zu stärken und die Marktentwicklung zu beschleunigen (z.B. *Anschlusskosten für Biogasanlagen, Übernahmestation, Rückverdichterstation, die Reinigung und Aufbereitung*)
- ⇒ Anreize für Produzenten von erneuerbaren Gasen, z.B. die Reduktion bzw. Befreiung des Netznutzungsentgeltes für die Einspeisung

2.4. EU-einheitliche Regeln für Wasserstoff

Innerhalb der EU gibt es nach wie vor Unsicherheiten bzgl. der erlaubten Beimischung von Wasserstoff in das Gasnetz. In Österreich gilt beispielsweise ein max. Beimisch-Wert von 4% Wasserstoff, allerdings liegt der tatsächlich Prozentsatz des eingespeisten Gemisches um ein Vielfaches darunter. Dies verdeutlicht, dass derzeit **die Produktion – und nicht die Einspeisung - von ausreichend Wasserstoff die größte Hürde darstellt**. Als zweite Hürde erweisen sich die Kundenendgeräte, da deren Funktionsweise bei einem höheren Wasserstoffanteil nicht eindeutig geklärt ist. Wesentlich ist daher, dass entsprechend zertifizierte Kundenendgeräte in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, die für den Betrieb mit einem höheren Wasserstoffanteil geeignet sind. Hierfür müsste es EU-weite Vorgaben für die Gerätehersteller geben.

Obwohl der maximale Anteil des Wasserstoffes im Gasnetz von 4% in Österreich noch lange nicht erreicht ist, sind die Verteilnetzbetreiber bestrebt, dieses Potenzial von Wasserstoff rasch zu heben und prüfen, die maximal zulässige Beimischung von Wasserstoff auf das technisch mögliche Maximum zu ermöglichen. Dabei ist der Erzeuger bzw. der Einspeiser dafür verantwortlich, dass der höchstzulässige Anteil von Wasserstoff von seiner eingespeisten Menge nicht überschritten wird.

Die Herstellung und der Betrieb eines reinen Wasserstoffnetzes bzw. von Wasserstoffleitungen für rein gewerbliche und industrielle Zwecke kann durchaus sinnvoll sein. Wie das Gasnetz ist das Wasserstoffnetz eine rohrleitungsgebundene Infrastruktur, die sehr strengen sicherheitstechnischen Auflagen unterliegen muss. Hier kann und sollte auf die vorhandene Kompetenz und das Wissen der Gasnetzbetreiber zurückgegriffen werden. Daher sind Gasnetzbetreiber gut geeignet ein effizientes sektorenübergreifendes Systemoptimum zu finden und so eine Wasserstoffinfrastruktur aufzubauen und zu betreuen. Dabei sollen die bewährten Regelungen für Kombinationsnetzbetreiber zur Anwendung kommen.

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Einführung eines **EU-weiten Mindestprozentsatzes** für die Beimischung von Wasserstoff zu fossilem bzw. erneuerbarem Methan ins Netz inkl. **EU-weite Vorgaben für Gerätehersteller**
- ⇒ Die vorhandene technische Kompetenz des Gasnetzbetreibers soll für den Aufbau und den Betrieb von Wasserstoffnetzen genutzt werden

2.5. Unterstützung des Übergangs zur „grünen KWK“ als Beitrag zur Versorgungssicherheit und Flexibilität

Hocheffiziente Kraft-Wärmekopplungsanlagen (KWK-Anlagen) sind ein „Alleskönner“. Sie bieten Flexibilität und stellen gleichzeitig Versorgungssicherheit bei Wärme als auch bei Strom sicher. Durch die kombinierte Erzeugung von Strom und Wärme wird zudem Primärenergie und damit CO₂ eingespart. Alleine in Wien wird durch diese Technologie jedes Jahr der Ausstoß von CO₂ um drei Millionen Tonnen reduziert. Da gerade der Wärmebereich sehr schwer zu dekarbonisieren ist, spielt hier Fernwärme eine große Rolle – auch in ihrer Funktion als wichtiger Teil einer Sektorenintegration mit P2H.

Hocheffiziente KWK-Anlagen bieten nicht nur Effizienzvorteile und CO₂-Einsparungen, sondern tragen auch wesentlich zur Versorgungssicherheit bei. So hat sich die **Zahl der KWK-Einsätze** zur

Netzstabilisierung in Österreich in den vergangenen Jahren verzehnfacht. Alleine im heißen August 2018 wurden die KWK-Anlagen der Wien Energie 45 Mal vom österreichischen Übertragungsnetzbetreiber zur Stabilisierung des Stromnetzes abgerufen. Ursprünglich handelte es sich dabei um eine Notfallmaßnahme, die jedoch mittlerweile zur Regel geworden ist.

Der zunehmende Ausbau Erneuerbarer Energien in Europa erfordert ausreichende Ausgleichs- und Regellenergiekapazitäten um die Angebotsschwankungen der volatilen Erneuerbaren auszugleichen. KWK Anlagen sind aufgrund ihres hohen Wirkungsgrades und den daher niedrigen CO₂ Emissionen die perfekte Ergänzung. Daher sollten alle europäischen Regelungen, die KWK Anlagen die Teilnahme an strategischen Reserven oder Kapazitätsmechanismen erschwert, überarbeitet werden.

KWK Anlagen leisten bereits heute einen erheblichen Beitrag zur Erreichung der europäischen Klimaziele. Neue Anlagen sollten so errichtet werden, dass sie zukünftig mit **grünem Gas oder grünem Wasserstoff betrieben werden können** und dadurch eine nachhaltige Versorgungssicherheit des Stromsektors gewährleisten können. Die dadurch verursachten Mehrkosten müssen in der Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) und in den Beihilfeleitlinien anerkannt werden. Zudem sollte der **Innovationsfond einen speziellen Fokus** auf die Förderung von grünen KWKs legen, um diese – aus verschiedenen Blickwinkeln erstrebenswerte - Entwicklung voranzutreiben. Gleichzeitig muss in der Übergangszeit sichergestellt werden, dass Gas-Kraftwerke noch Finanzierungsmöglichkeiten erhalten und nicht als „schmutzige Investments“ gelten.

Langfristig werden alle Kraftwerke grüne Kraftwerke sein. In der Übergangszeit werden sie allerdings noch mit fossilem Gas laufen müssen, was immer noch eine viel bessere Umweltbilanz liefert als Kohlekraftwerke. Es ist daher wichtig, dass diese bei den Nachhaltigkeitskriterien in der Taxonomie eine Anerkennung erfahren (siehe 2.2.).

Abgeleitete Kernbotschaften:

- ⇒ Sicherstellung, dass KWK an **grenzüberschreitenden Kapazitätsmechanismen bzw. flexiblen Reserve** teilnehmen dürfen / Überarbeitung aller Regeln, die KWK-Anlagen die Teilnahme erschweren
- ⇒ Anerkennung der Mehrkosten für die Errichtung von grünen Gaskraftwerken in der **Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO)** und in den **Beihilfeleitlinien**.
- ⇒ Möglichkeit einer Förderung durch den **Innovationsfonds** von Grünen KWKs, um diese Entwicklung voranzutreiben.

Rückfragehinweise:

Dr. Elisa Schenner

Leiterin Büro Brüssel / Wiener Stadtwerke GmbH

Elisa.Schenner@wienerstadtwerke.at

0032 470 555 211